

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 50 (1971)
Heft: 1

Artikel: Afrikanische Solidarität
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338348>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Afrikanische Solidarität

Die Lehre von Guinea

Der Schleier über den Ereignissen in Guinea ist nun weitgehend gelüftet. Man weiss jetzt, dass bewaffnete Gruppen der sogenannten FLG («Front zur Befreiung Guineas») von der angrenzenden portugiesischen Kolonie Guinea-Bissao kommend in der westafrikanischen Republik einzufallen versuchten. Man weiss auch, dass portugiesische Offiziere diese Operation «diskret» unterstützten. Die portugiesische Regierung hingegen scheint nicht unterrichtet gewesen zu sein und hätte, gewitzigt durch ihre sonstigen afrikanischen Erfahrungen, einem solchen Abenteuer wahrscheinlich auch nicht zugestimmt. Dass kleinere Handstreichs afrikanischer und auch europäischer Söldner in der Grenzregion schon mehrmals gestartet und von Lissabon geduldet wurden, steht aber ausser Zweifel.

Pariser Zwiespalt

Paris «bedauert» die Vorgänge in Guinea, hiess es vier Tage nach den Alarmmeldungen aus Conakry in einem offiziellen Communiqué des Elysée. Die «Zwischenfälle» seien nunmehr «bestätigt» und es sei klar, dass «von aussen her kommende Elemente dazu beitrugen». Diese feine Ausdrucksweise befriedigte keineswegs den Guinea-Präsidenten Sekou Touré. In Conakry zieht man es vor, die Dinge beim Namen zu nennen und ausserdem auch die Propagandatrommel zu rühren. «Von aussen her» heisst daher klipp und klar «von Portugiesisch-Guinea» oder gleich «aus Portugal». Und «Elemente» sind schlicht und einfach «Imperialisten» oder «Verräter».

Immerhin hat sich auch Paris nach wenigen Tagen zu neuer Betrachtungsweise der Ereignisse in der früheren französischen Kolonie entschlossen. Zuerst hatte man den «von aussen her» kommenden militärischen Überfall in Abrede gestellt. Sekou Touré wurde der Phantasterei geziehen und als Intrigant abserviert. Paris hatte ihm nicht verziehen, dass er schon 1958 zum Unterschied von den anderen französisch-afrikanischen Ländern die Fahne der Unabhängigkeit gehisst und sich von Frankreich losgesagt hatte.

Nun besinnt man sich, dass es eigentlich Zeit wäre, den «Familienstreit» zu begraben. Die Beziehungen zwischen Paris und Conakry hatten sich schon seit einiger Zeit gebessert und es war Sekou Touré auch gelungen, mit den Nachbarstaaten Senegal und Elfenbeinküste – beide mit Frankreich im besten Einvernehmen – ein gutes Verhältnis herzustellen.

Warnung

Das wichtigste Resultat des neuen portugiesischen Fehltritts in Westafrika ist aber die erstaunlich einmütige Reaktion fast aller afrikanischen Staaten ohne Unterschied der politischen Schattierung. Meinungsverschiedenheiten bestehen im Schwarzen Erdteil bekanntlich bezüglich der Haltung gegenüber Südafrika. So wurde der vom Präsidenten der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, kürzlich gemachte Vorschlag einer afrikanischen Gipfelkonferenz zwecks Debatte über das weitere Verhalten zu Pretoria, von einigen afrikanischen Ländern begrüsst, von anderen aber entschieden zurückgewiesen.

Um so bemerkenswerter ist die einheitliche und energische Ablehnung der «von aussen kommenden» Operationen gegen Guinea. Das gilt selbstverständlich für die sogenannten revolutionären Staaten wie *Mauretanien* mit dem Präsidenten Ould Daddah, *Tansanien* mit Präsident Julius Nyerere, für die *VAR*, die schon in den ersten Stunden ihre Bereitschaft zu aktiver Unterstützung Guineas bekanntgab, und für *Nigerias* Präsident Gowon, der seit dem Biafrakrieg über eine Armee von 200 000 Mann verfügt («bereit zu jeder militärischen Unterstützung Guineas, falls sie gewünscht wird»). Aber auch die gemässigten Staaten wie *Senegal* und die *Elfenbeinküste* liessen keinen Zweifel. Dakar verkündete sofort «Entrüstung» und Abidjan verurteilte «die verbrecherischen Eindringlinge».

So erklärt sich auch der bemerkenswerte Erfolg des Präsidenten Sekou Touré im Rahmen der Vereinten Nationen. Darüber hinaus setzte sich die «Organisation der afrikanischen Einheit» auf Veranlassung des äthiopischen Kaisers Hailé Selassie in Bewegung, um zu einem ausserordentlichen Ministerrat zusammenzutreten. Der guinesische Diplomat Diallo Telli ist übrigens Generalsekretär dieser Organisation. Mit einem Wort, die afrikanische Solidarität funktioniert wie schon lange nicht. Eine Lektion für leichtsinnige Abenteurer.

Die Tatsache, dass wir heute durch die Technologie beherrscht werden, können wir nicht aus der Welt schaffen; aber es liegt an uns, die demokratische Kontrolle der Technologie zu suchen und durchzusetzen. Welche andere Partei wird sonst diese Aufgabe übernehmen? Die Versuchung für denjenigen, der die Zusammenhänge kennt, ist viel zu gross, dieses Wissen für sich persönlich auszuwerten.

Nationalrat Dr. A. Schmid, Präsident der SPS
